

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 23. April 2015

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/xls>

Kreativ- und Kulturwirtschaft – keine brotlose Kunst

Die Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW) wächst, ihr Anteil an der deutschen Wirtschaftsleistung kommt bereits großen Branchen wie der Automobilindustrie nahe. Allerdings werden die traditionellen Ausbildungswege in diesem Bereich von Unternehmensseite kritisch gesehen. Sie würden nicht das benötigte Know-how liefern, die Ausbildungsgänge seien nicht passgenau und nicht flexibel genug, sich den sich permanent ändernden Anforderungen anzupassen. Hier zu Verbesserungen zu kommen ist das Ziel eines rot-grünen Koalitionsantrags, der heute beschlossen wurde.



Der kultur- und medienpolitische Sprecher Carsten Werner umriss das Problem: Die hohe Innovationskompetenz und -kraft bringt für die Branche der Kulturwirtschaft eine besondere Herausforderung mit: Ganz viel von dem, was die machen und produzieren und entwickeln, das gibt es noch nicht – oder noch nicht lange:

Da gibt es ein hohes Erfindungspotential und -reichtum, und zugleich natürlich eine besonders hohe Fluktuation unter den Beschäftigten. Es gibt unheimlich viele Berührungspunkte und Schnittmengen zu anderen Branchen. Deshalb ist das Angebot an strukturierter, organisierter Ausbildung in den Teilbranchen der KKW oft eine echte Herausforderung: Da entstehen Berufe entlang der neuen medialen Kulturtechniken, Produktions- und Vertriebsweisen innerhalb weniger Jahre oder Monate vollkommen neu – die hat nie jemand vorher gelernt oder gar unterrichtet. Da werden Arbeit und professionelle branchenspezifische Tätigkeiten oft eher neu erfunden als von der Vorgängergeneration weitergegeben.

Der Abgeordnete Werner fasste die Ziele des Antrags zusammen: Ausbildung muss in dieser Branche so verstanden werden, dass sich Professionen, Spezialisten und Betriebe dafür zusammenschließen, dass die Freiheit und die Möglichkeit besteht, sich einen neuen Beruf, eine Profession selbst zu erarbeiten und zu entwickeln und dass die Fähigkeiten und Fertigkeiten oft auch im Nachhinein anerkannt werden müssen – weil sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs noch gar nicht formal erfasst und erfassbar waren.

Geburtshilfe stärken

Ob werdende Mütter ihre Kinder zuhause, im Krankenhaus oder in einem Geburtshaus zur Welt bringen, sollen sie selbst entscheiden können. Allerdings ist derzeit die Wahlfreiheit stark eingeschränkt. Das liegt zum einen daran, dass immer mehr freiberufliche Hebammen wegen geringer Einkünfte und hoher Versicherungsprämien aus dem Beruf aussteigen.

Was noch?

Aus der Fragestunde:

Die Bremer Landesverfassung in gedruckter Form wird von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen gut nachgefragt, allerdings ist sie seit geraumer Zeit vergriffen. Mit Beginn der neuen Wahlperiode soll über die Möglichkeiten eines Neudrucks befunden werden.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Zum anderen haben viele kleinere Kliniken im Bremer Umland ihren Betrieb eingestellt. Das führt auch zu einer höheren Auslastung der klinischen Geburtshilfe in Bremen und Bremerhaven. Ein Antrag, der unter anderem eine stärkere finanzielle Beteiligung Niedersachsens an der klinischen Geburtshilfe im Rahmen der gemeinsamen Krankenhausplanung fordert, wurde heute beschlossen.



Die Gesundheitspolitikerin Kirsten Kappert-Gonther ging auch auf die sehr hohe Kaiserschnittquote ein und hob dabei die Bedeutung des „Bündnisses zur Unterstützung der natürlichen Geburt“ hervor, das im Januar 2013 ins Leben gerufen wurde. Dessen Empfehlungen umsetzen zu können, bedürfen die Krankenhäuser Unterstützung.

Dazu gehört die räumliche Ausstattung der Kreißsäle, geeignetes Personal und immer wieder gute Fortbildung. Das wird zusätzliches Geld kosten. Deshalb ist es logische Folge, dass sich Niedersachsen an den nötigen Investitionen in Kreißsäle beteiligen muss. Kappert-Gonther lehnte es ausdrücklich ab, dass werdende Mütter nach Postleitzahlen sortiert werden: Jede Frau, die in Bremen ihr Kind bekommen möchte, sei hier willkommen.

Dazu, so Kirsten Kappert-Gonther weiter, gehört aber auch ein gutes System zur Kooperation zwischen den Geburtshilfeabteilungen in Bremen. Keine Frau dürfe auf der Suche nach einem Bett im Kreißsaal durch Bremen geschickt werden. Es müssen aber auch neue Kreißsäle und gebaut und zusätzliches Personal eingestellt werden. Werdende Mütter sollen während und nach der Geburt so gut durch Fachleute begleitet werden, dass es Mutter und Kind gutgeht.

EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen – Abschied eines EU-Strategen

Der langjährige Abgeordnete Hermann Kuhn, von 1995 bis 2003 auch Vizepräsident der Bremischen Bürgerschaft, hat die Europapolitik nicht nur der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN geprägt. In der letzten Landtags-sitzung dieser Wahlperiode hielt er seine Abschiedsrede zum Bericht des Senats über die Umsetzung der EU-Strategie des Landes Bremen und nutzte sie, eine Lanze für die parlamentarische und repräsentative Demokratie zu brechen.

Aus diesem Anlass sei hier die Rede dokumentiert, das Wort hat der Abgeordnete Dr. Kuhn:



„Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank, dass ich in dieser Debatte mal das letzte Wort habe. Es ist ja meine letzte – und jetzt wirklich. Ich hätte mir vorstellen können weiterzumachen, um Alterspräsident zu werden. Aber da ist ja der geschätzte Kollege Ravens vor. Erlauben Sie

mir, dass ich über Europa spreche, dann aber auch über uns, die Bremische Bürgerschaft.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Zum heute vorliegenden Bericht möchte ich sagen: Es ist sehr gut, dass der Senat seit zwei Wahlperioden seine europapolitischen Aufgaben, Ziele und Leitlinien formuliert und die Umsetzung überprüft. Wir haben vergangene Woche im zuständigen Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit Bilanz gezogen. Im Ergebnis regen wir an, einen solchen Ausschuss auch in der kommenden Wahlperiode wieder einzusetzen und dabei die Regeln der Information durch den Senat und der Zusammenarbeit weiterzuführen, die sich nach unserer einstimmigen Auffassung sehr bewährt haben. [Dank an die Verwaltung]

Ich möchte beginnen mit einem Aspekt bremischer Europapolitik, der im Bericht des Senats wenig vorkommt, wohl auch nicht im Fokus des Senats stand: den Ausschuss der Regionen. Sie wissen, dass ich dort aktiv für Bremen mitwirken durfte; diese Erfahrung hat mich sehr beeindruckt.

Man sitzt dort neben anderen Ländervertretern, Provinzgouverneuren, regionalen Abgeordneten und vor allem Bürgermeistern großer und kleiner Städte. Das sind keine EuRomantiker wie Sie das vielleicht von mir denken; das sind Frauen und Männer, die in ihren Städten die europäischen Gesetze umsetzen müssen, oft unter schwierigsten Bedingungen. Und dort vermutlich auch keine besseren Menschen sind als Sie und ich. Aber Sie müssten einmal die Atmosphäre des gegenseitigen Respekts, der Achtung der Vielfalt nationaler Interessen, Sprachen und Kulturen **und** des Willens zur Einigung erleben, die dort herrscht!

Die Mitglieder dieser Versammlung wissen aus ihrer Aufgabe vor Ort **und** aus der Arbeit in Brüssel, dass das gemeinsame Recht, dass die geregelte Zusammenarbeit in Institutionen, dass das **Vertrauen**, das dadurch entsteht, nicht selbstverständlich sind, sondern **für sich** ein unglaublich kostbarer Schatz, den wir hüten müssen. Und zwar hüten müssen durch tägliche Erneuerung. Dadurch, dass wir uns an dieser Arbeit nach unseren Kräften beteiligen, das sollte die Botschaft auch dieser Debatte sein. **Wir sind Europa**, meine Damen und Herren – und nicht irgendjemand irgendwo ganz anders!

Zwei grundlegende Lehren der europäischen Integration, die heute vor 70 Jahren mit dem Sturz des Nazi-Regimes begann, sind für mich bei allen Krisen und Schwierigkeiten weiterhin gültig und von niemandem widerlegt: **Staaten und Völker müssen ihre Grenzen respektieren**. Das ist leider immer noch nicht in ganz Europa selbstverständlich, wie wir an der Ukraine sehen mussten. Aber sie müssen gleichzeitig so zusammenarbeiten, **als gäbe es diese Grenzen nicht**.

Und zweitens: Kein Staat in Europa kann heute in der globalisierten Welt seine Handlungsfähigkeit und damit seine Souveränität noch **allein** erhalten – auch Deutschland nicht. Wir müssen unsere Souveränität nicht ‚abgeben‘, ‚weggeben‘, sondern wir müssen sie aus freiem Entschluss **teilen** und zusammenführen, um sie gemeinsam überhaupt bewahren und ausüben zu können.

Das Modell der Europäischen Union dafür ist sehr erfolgreich; dabei sicherlich sehr unvollkommen und die konkrete Politik der EU ist so fehlerhaft und umstritten wie jede andere – aber ich kenne keine bessere Idee. Und wenn wir z. B. an das Flüchtlingsdrama denken, dann ist **mehr**, aber **besseres** Europa die Lösung und nicht weniger. Ich bin überzeugt, dass Frieden (ja, immer noch Frieden!), Wohlstand, Freiheit, Solidarität, internationale Hand-



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

lungsfähigkeit immer noch mächtige Triebkräfte und **Ergebnisse** der europäischen Einigung sind. Ich wünsche mir, dass die Arbeit daran weiter in der Bürgerschaft zu Hause sein wird. Denn: ‚die Freie Hansestadt Bremen ist ein Glied der deutschen Republik **und Europas**‘, so heißt es in unserer Landesverfassung.

Meine Damen und Herren, ebenso wie Europas Einheit muss auch die **Demokratie** täglich erneuert werden, von uns! Denn beide begründen sich aus sich selbst und müssen durch sich selbst überzeugen. Deswegen möchte ich auch noch einige Sätze über ein Herzstück **parlamentarischer** Demokratie sagen, über die Stellung des Abgeordneten – allerdings nichts über Diäten und nichts über Stühle. Wenn ich nach 20 Lehr-Jahren ein Fazit ziehen darf: Wir, dieses Haus insgesamt, und jede und jeder Abgeordneter für sich, wir müssen unsere **Unabhängigkeit** schützen und bewahren.

Wir sind nach unserer Verfassung beauftragt, wir haben das Mandat von Wählerinnen und Wählern, vier Jahre Politik zu gestalten auf der Grundlage des Programms, mit dem wir jeweils angetreten sind. Aber wir haben **nicht** den Auftrag, die Interessen und den Willen dieses oder jenes Wählers umzusetzen. Unsere Verfassung sagt in Artikel 83: ‚Die Mitglieder der Bürgerschaft sind Vertreter der **ganzen** bremischen Bevölkerung.‘ Und weiter: ‚Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.‘ Ich weiß, hier gibt es eine große Spannung zwischen Auftrag und Realität, aber das ist nun mal das Kernstück unserer **repräsentativen** Demokratie.

Die Unabhängigkeit von Abgeordneten ist schon immer bedroht gewesen: Durch den Einfluss mächtiger Lobbygruppen; auch, mit Verlaub, durch demonstrierende Polizisten, die uns zwingen wollten, durch die Garage ins Haus zu kommen; durch rigiden Fraktionsdruck; durch zu großen Respekt vor der Verwaltung; durch die Angst um die Wiederwahl; oft genug auch einfach durch unsere Faulheit.

Heute sind neue Formen durchaus massiver Einflussnahme hinzugekommen: Shitstorms im Netz und der verführerische Glanz des ‚Gefällt mir‘-Buttons; robuste Gruppen mit Einzelinteressen, die die wunderbaren neuen Formen von Bürgerbeteiligung so missverstehen, dass ihr Wille – weil sie ja Bürger sind – deswegen automatisch auch **Gesetz** werden muss. Bis zu dem anmaßenden und antidemokratischen Ruf ‚Wir sind das Volk!‘ Das war mal ein zündender Ruf zum Sturz einer Diktatur; heute ist er anmaßend und ausgrenzend, denn **jede** Gruppe ist immer nur ‚auch das Volk‘.

Noch einmal: Die Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, sich zu Wort zu melden, teilzunehmen am Austausch der Argumente, sind gerade sehr erfreulich gewachsen: durch neue Medien, aber auch durch unsere Bereitschaft, neue spontane und regelhafte Formen des Dialogs auch zwischen den Wahlen einzuführen. Ich selbst habe 20 Jahre lang mit Erfolg daran gearbeitet, die Möglichkeiten direkter Demokratie, die unsere Verfassung seit 1947 vorsieht, auch anwendbar zu machen. Aber dies ist nur eine punktuelle **Ergänzung** der repräsentativen Demokratie, die ich damit nie schmälern wollte.

Alle alten und neuen Formen der Beteiligung, der Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern müssen wir ausbauen und nutzen. Aber wir dürfen das, was wir hören, nie mit ‚dem Volkswillen‘ verwechseln. Das eigene politische Urteil über den Nutzen für das **Gemeinwesen** kann und



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

in der Bremischen Bürgerschaft

darf durch nichts ersetzt werden. Zugespitzt ausgedrückt: Wir dürfen den Vorwurf der ‚Abgehobenheit‘ nicht fürchten, denn **richtig** verstanden ist das nur eine andere Seite unserer Unabhängigkeit, die ohne **Distanz** nicht möglich ist. Ich glaube, diese Unabhängigkeit werden die Abgeordneten gerade der nächsten Bürgerschaft vielleicht besonders brauchen.

Zu guter Letzt, verehrte Kolleginnen und Kollegen – bevor ich mich aufs Sofa lege – möchte ich Ihnen gestehen, dass ich sehr gerne Abgeordneter dieses Hohen Hauses gewesen bin. Dafür möchte ich mich bei **Ihnen** bedanken, denn **Sie** haben mir das möglich gemacht – die eine mehr, der andere weniger, aber am Ende (fast) alle gemeinsam. Lassen Sie sich bitte nicht einreden, dass wir hier nur vorgefasste Meinungen austauschen. Nein: das Parlament kann sehr wohl wirken, man lernt hier voneinander. Jedenfalls wenn man dabei nicht nur noch surft, postet oder twittert. Ich jedenfalls habe viel von Ihnen gelernt.

Es gibt mir etwas zu denken, dass ich in all der Zeit nie so deutlich geworden bin, dass es mal zu einem Ordnungsruf des Präsidenten gereicht hätte; vielleicht ist er auch einfach nur zu nachsichtig. Und entschuldigen Sie bitte, wenn ich Sie mit meinen Zwischenrufen abgelenkt haben sollte – manchmal war das allerdings Absicht.

Meine Damen und Herren, es wird wohl so sein, dass unserem Land und unseren Städten schwierige Zeiten bevorstehen. Ich wünsche uns, Ihnen und allen kommenden Abgeordneten dabei Augenmaß und eine glückliche Hand. Vielen Dank für Ihre lange Geduld!“

Im Anschluss an seine Rede teilte ihm Bürgerschaftspräsident Christian Weber mit, dass er ihm nach § 46 der Geschäftsordnung einen Sachruf hätte erteilen können, weil Hermann Kuhn nicht zum Thema des Tagesordnungspunkts gesprochen hatte. Der Präsident verzichtete dann aber doch darauf.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de